



STEPHAN RUSS-MOHL
KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFTLER
UNIVERSITÄT LUGANO

VINZENZ WYSS
KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFTLER
ZHAW WINTERTHUR

Aneinandergeraten: Die beiden bekannten Medienforscher Stephan Russ-Mohl und Vinzenz Wyss fetzen sich wegen der No-Billag-Initiative öffentlich. Bilder Keystone, Montage Marco Tancredi

84

Prozent ...

... der fast 25 000 Personen, die auf «20min.ch» an einer entsprechenden Umfrage teilgenommen haben, sagen gegenwärtig **«Ja» oder «eher Ja» zur No-Billag-Initiative.**

Wyss, mit dem er seit Jahrzehnten befreundet sei, trete «irritierend aggressiv» auf, sagt Russ-Mohl. «Seine Attacken sind unfair und unbegründet. Ich frage mich, ob er sich im Abstimmungskampf überhaupt noch als Wissenschaftler betrachtet oder nur noch als SRG-Aktivist.»

«Mir gehts um Aufklärung»

Hinter dem Zwist der beiden Forscher verbirgt sich eine spannende Frage: Welche gesellschaftliche Rolle kommt Wissenschaftlern zu? Es sei seine Aufgabe, kritisch zu beobachten, aufzuklären und in Krisensituationen zu vermitteln, sagt Russ-Mohl. «Nicht Abstimmungskampf zu betreiben.» Etwas anders interpretiert Wyss seine Funktion. «Ich sehe meine Rolle als Wissenschaftler auch darin, Verantwortung zu übernehmen und mich in öffentlichen Debatten einzumischen, wenn aus medienwissenschaftlicher Sicht Falsches behauptet wird», sagt er. Man werfe ihm dann Propaganda für die SRG vor. «Mir hingegen geht es um Aufklärung.»

Zwei weitere prominente Medienwissenschaftler stützen eher Wyss' Position, ohne sich konkret zum Streit äussern zu wollen. «Es ist Aufgabe von uns Wissenschaftlern, unsere Forschungsergebnisse in Politik und Gesellschaft einzubringen», sagt Manuel Puppis von der Uni Freiburg. «Es ist nicht erstrebenswert, im stillen Kämmerchen zu forschen.» Allerdings sollten die Wortmeldungen stets wissenschaftlich fundiert sein. Ins gleiche Horn stösst Otfried Jarren von der Uni Zürich. Als Präsident der Eidgenössischen Medienkommission mische er sich nicht in den Abstimmungskampf ein, sagt er. «Als Bürger und Wissenschaftler aber werde ich mich in die Debatte einbringen, denn es ist offensichtlich, dass Aufklärungsbedarf über die Finanzierungsprobleme des Journalismus besteht.»

Übrigens: Alle vier Forscher lehnen die No-Billag-Initiative ab – auch Russ-Mohl. Es brauche einen öffentlichen Rundfunk, sagt er. «Doch die SRG muss sich kritische Fragen gefallen lassen.»

No Billag: Online geben sich selbst Wissenschaftler aufs Dach

Vier Monate vor dem Abstimmungstermin tobt auf den Sozialen Medien bereits ein heftiger Streit. Die Initiative zur Abschaffung der Radio- und TV-Gebühren entzweit selbst Forscher, die seit Jahrzehnten befreundet sind.

von Dennis Bühler

Eine typische Twitter-Diskussion sieht aktuell wie folgt aus: «Wie dumm und arrogant sind denn die #SRGer?», fragt ein Befürworter der Volksinitiative zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren. Ein paar Minuten später antwortet ein Gegner: «Wie blöd und verlogen sind denn die NoBillager?» Auch wenn es bis zum Urnengang vom 4. März noch 122 Tage dauert, wird der Abstimmungskampf in den Sozialen Medien bereits hitzig und nicht selten auf schockierend tiefem Niveau geführt – von beiden Lagern.

An der Debatte beteiligen sich nicht nur Privatpersonen und anonyme Twitter-User, sondern auch Nationalräte sowie Mitarbeiter des Schweizer Radio und Fernsehen. Die meisten tun es re-

flektiert und vertrauen auf die Kraft ihrer Argumente. Doch nicht alle. So schrieb die Baselbieter CVP-Politikerin Elisabeth Schneider-Schneiter in polemischer Anspielung auf die SVP: «Ich will keine fremden Sender. Keine Überschwemmung von ausländischen Medien. Schweizer sagen Nein zu No Billag.» Silvan Amberg, Co-Präsident des Initiativkomitees, fragte derweil in egoistischer Manier: «Warum sollen wir für ein Skirennen zahlen, das wir auf einem österreichischen Sender verfolgen können?» Und Peter Schibli, Direktor der SRG-Onlineplattform für Auslandschweizer Swissinfo, erklärte alle Kritiker seines Unternehmens schlicht zu «gewinngeschädigten Verlegern, machtgerigen Nationalisten, unzufriedenen Programmkritikern und Neoliberalen». Da machen sie es sich alle drei doch etwas gar einfach.

Die Initiative, die bei einer Annahme das Ende der SRG herbeiführen dürfte, treibt auch einen Keil in die Wissenschaft. So stritten sich die beiden Kommunikationswissenschaftler Vinzenz Wyss und Stephan Russ-Mohl für jedermann einsehbar auf Facebook. Wyss, Professor an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, regte sich darüber auf, dass die «Weltwoche» seinen Kollegen als einzigen SRG-kritischen Kommunikationswissenschaftler des Landes dargestellt hatte.

«Sieht er sich als SRG-Aktivist?»

Von der «Südostschweiz» auf ihren Disput angesprochen, begraben die beiden Forscher das Kriegsbeil nicht – im Gegenteil. «Mich stört, dass sich mein geschätzter Kollege von der ihm wohlgesinntem 'Weltwoche' als Heiliger präsentieren lässt und nicht wider-

spricht, wenn diese implizit allen Wissenschaftlern unterstellt, sie seien vom Bundesamt für Kommunikation oder von der SRG geschmiert», sagt Wyss. Wenn man ihm und vielen Kollegen mangelnde Unabhängigkeit nachsage, müsse man auch erwähnen, dass Russ-Mohl eine Auftragsstudie für den Verlegerverband erstellt habe.

Russ-Mohl reagiert konsterniert: «Ich bin erschrocken, wie einem unter Kollegen auf einmal Dinge unterstellt werden, die an den Haaren herbeigezogen sind», sagt der Professor der Uni Lugano. Zwar kenne er den Autor des «Weltwoche»-Artikels, da dieser auch als Chefredaktor des Branchenmagazins «Schweizer Journalist» amte, für welches er Kolumnen schreibe und das er als Herausgeber verantworte. Doch habe er keinerlei Einfluss darauf, was dieser in der «Weltwoche» über ihn schreibe.

Bundesrat will keine GPS-Tracker

Sozialversicherungen sollen Versicherte bei Verdacht auf Missbrauch überwachen können. Der Bundesrat ist grundsätzlich einverstanden mit den Vorschlägen der Sozialkommission des Ständerats für eine neue Rechtsgrundlage. Die Regierung meldet aber auch Vorbehalte an.

So stimmt er zwar Bild- und Tonaufnahmen zu, lehnt aber die GPS-Überwachung ab, wie es in der gestern veröffentlichten Stellungnahme des Bundesrats heisst. Die Regierung argumentiert mit dem Persönlichkeitsschutz und dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit. Zudem hat sie Zweifel, ob sich mit den Geräten entscheidende Erkenntnisse gewinnen lassen.

Die Gesetzgebungsarbeiten gehen auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zurück. Dieser hatte letzten Herbst festgestellt, dass in der Schweiz eine gesetzliche Grundlage zur Überwachung von Versicherten fehlt. (sda)

Schweizer Frauen verlieren an Einfluss

Die Schweiz ist auf der weltweiten Gleichstellungs-Rangliste von Platz 10 auf Rang 21 zurückgefallen.

von Claudia Gnehm

Weniger Frauen in Schweizer Regierungspositionen und in Unternehmensführungen: Der schwindenden Frauen-Anteil hat für die Schweiz negative Konsequenzen auf der weltweiten Gleichstellungsrangliste. Sie ist von Platz 10 auf Platz 21 abgerutscht.

Die Schweiz machte die letzten zehn Jahre deutlich weniger Fortschritte bei der Gleichstellung als andere westeuropäische Staaten, wie aus dem Gender-Gap-Bericht des Weltwirtschaftsforums (WEF) hervorgeht.

Rückschritte in der Politik

Die Ungleichbehandlung grassiert hierzulande vor allem in der Arbeitswelt und in der Politik. So gab es Rückschritte bei der Vertretung der Frauen auf Führungsebene in der Wirtschaft sowie beim Einkommen, wie das WEF gestern mitteilte. Durchschnittlich verdienen die Frauen nur 83 Prozent so viel wie die Männer im Schnitt.

Auch global hat sich die Gleichstellung der Frauen erstmals seit Beginn der Erhebung im Jahr 2006 verschlechtert.

Die Ränge, die die Schweiz die letzten Jahre gutgemacht hatte, weil sich die Zahl der Parlamentarierinnen und Frauen mit anderen politischen Ämtern erhöhte, gingen wieder verloren. Bei der Gleichstellung in der Politik wirkte sich in erster Linie die Untervertretung von Frauen auf Regierungsebene negativ aus.

Zuoberst auf der diesjährigen Rangliste steht wie im letzten Jahr Island. Die Skandinavier behaupten die Spitzenpositionen, auf Island folgt Norwegen, Finnland, Ruanda und Schweden – wobei sich der Abstand zwischen Island und Norwegen deutlich vergrösserte. Auch global war es laut WEF dieses Jahr schlechter bestellt um die Gleichstellung der Frauen als in den Vorjahren.

100 Jahre bis zum Ziel

«Die Gleichstellung im Bereich Gesundheit, Bildung, Politik und Wirtschaft hat sich erstmals seit Start der Erhebung im Jahr 2006 verschlech-

tert», schreibt das WEF. Es seien zudem China und Indien, die trotz Fortschritten den Durchschnitt stark rückten dieses Jahr.

Bei der derzeitigen Entwicklung dauerte es 100 Jahre, bis die globale Gleichstellungskluft geschlossen sei, so das WEF. Im vergangenen Jahr war nur von 83 Jahren die Rede.

Ökonomische Pflicht

Gemäss der zuständigen WEF-Managerin Saadia Zahidi dürfen die Gleichstellungsfortschritte dieses Jahr nicht rückgängig gemacht werden. «Geschlechter-Gleichstellung ist eine moralische und ökonomische Pflicht», sagte sie. Länder, die dies verstanden hätten, könnten nun die Früchte ihrer Massnahmen für die Gleichstellung ernten.

Obwohl die Schweiz bei der Gleichstellung abfällt, hatte sie diesen Herbst beim WEF-Global-Competitive-Index wieder als wettbewerbsfähigstes Land abgeschnitten. (sda)